

## BERLINER EINBLICKE

Der Newsletter von Heribert Hirte – für Sie



---

### Berliner Einblicke #23

Mitte Mai 2015



#### Liebe Leserinnern und Leser, liebe Freunde!

Eine neue Woche, ein neuer Streik – wie es aussieht stimmt diese „Regel“ der vergangenen Wochen nach einer Einigung der Deutschen Bahn AG mit der Gewerkschaft der Lokomotivführer vorerst nicht mehr. Zumindest für Bahn-Pendler und -Reisende ist das eine gute Nachricht. „Trotzdem“ hat der Deutsche Bundestag heute über das Gesetz zur Tarifeinheit abgestimmt. Warum ich als einer von insgesamt 16 Unionsabgeordneten dagegen gestimmt habe, erfahren Sie im NAHBlick. Im SEITENBLICK werden Sie recht schnell erkennen, dass meine Sitzungswoche in Berlin neben dem Ringen um das Tarifeinheitsgesetz und Verhandlungen zum neuen Bilanzrecht besonders von meiner Arbeit als Vorsitzender des Stephanuskreises geprägt war. Delegationen aus Indien und dem Iran berichteten über die bedrohliche Lage, in der sich die Christen momentan in ihrer Heimat befänden. Bei den eindrücklichen Berichten liegt es nahe, dass auch der AUGENBLICK der Woche dieses Mal in einem der Stephanuskreise war. Im Stephanuskreis haben wir uns bereits über weitere Hilfestellungen verständigt. Mehr darüber erfahren Sie in meinen kommenden Berliner Einblicken.

Bevor in zwei Wochen die nächste Berliner Sitzungswoche auf mich wartet, darf ich mich nun auf ein paar Tage mit der Familie freuen.

Auch Ihnen wünsche ich schöne und hoffentlich erholsame Pfingsttage

Herzliche Grüße

Ihr



Heribert Hirte

---

## NAHBLICK

### Das Thema



---

#### Der Deutsche Bundestag verabschiedet das Gesetz zur Tarifeinheit

„Das Gesetz löst nicht, was es lösen will und schon gar nicht das, was die Bürger bewegt“, sagt Heribert Hirte und **twitterte** dies auch gleich im Anschluss an die Fraktionssitzung. Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten. Twitter-Nutzer Björn Barscht antwortete: „@HHirte vielen Dank Herr Hirte, ich hoffe Sie können das auch am Freitag tun. Deutschland braucht SOLCHE #Tarifeinheit nicht.“ Tatsächlich stimmte Heribert Hirte bei der namentlichen Abstimmung am Freitag gegen das Gesetz zur Tarifeinheit. Denn als Mitglied des Rechtsausschusses fühlt er sich persönlich in besonderer Weise in der Verantwortung, die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen bei seinen Entscheidungen zu berücksichtigen. Genau da liegt nämlich der Knackpunkt des Gesetzes, bestätigte Max Haerder von der **Wirtschaftswoche** in einem Kommentar im Vorfeld der Abstimmung: „Das Gesetz zur Tarifeinheit ist rechtlich und politisch extrem heikel. Es könnte sich als wirkungslos herausstellen – oder als Verfassungsbruch.“ Denn, so schreibt der Journalist weiter, „Das Gesetz zur Tarifeinheit ist das Paradebeispiel für ein politisches Paradoxon. Die Regierung muss dafür Gewerkschaftsrechte in Frage stellen, ohne sie wirklich in Frage stellen zu dürfen – weil sie sonst verfassungswidrig handeln würde. Das Gesetz soll Streikkaskaden wie gerade bei der Deutschen Bahn künftig eigentlich verhindern, ohne Streiks verhindern zu können. Politik war wahrlich schon mal leichter.“

Das würde Heribert Hirte dieses Mal sicher unterschrieben. In einem persönlichen Schreiben erklärt er seine Entscheidung mit dem Worten: „Möchte man als einzelner Arbeitnehmer noch Einfluss auf seine Arbeitsbedingungen nehmen – was faktisch in großen Betrieben nur über die Einflussnahme auf den Tarifvertrag möglich ist – bleibt lediglich die Mitgliedschaft in der „Mehrheitsgewerkschaft“. Somit ist auch die Wahl der Gewerkschaft faktisch für den Einzelnen nicht mehr frei, kann doch über die „Minderheitsgewerkschaft“ nicht mehr auf die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen effektiv eingewirkt werden.“ Die gesamte persönliche Erklärung ist auf der Homepage des **Abgeordneten** nachzulesen. Heribert Hirtes Forderung, das Recht der Verbraucher auf Rückerstattung von Kita-Gebühren oder Zeitkarten im ÖPNV

im Gesetz festzuschreiben, wurde übrigens nicht aufgegriffen. Das Interesse der Fachjournalisten an diesem Vorschlag ist allerdings ungebrochen, am Samstag soll dazu ein Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung erscheinen. Im Interview betonte Heribert Hirte erneut: „Während es hier im Fernverkehr der Eisenbahnen und im Luftverkehr klare Regelwerke gibt, herrscht im Bereich der (vor allem öffentlich-rechtlich organisierten) kommunalen Daseinsvorsorge ein unüberschaubarer Flickenteppich vor, der Dritte in zahlreichen Fällen (Kindergärten, ÖPNV, Frachtverkehr) einseitig belastet, andererseits aber in die von den Arbeitsgerichten vorgenommene Verhältnismäßigkeitsprüfung eines Streiks bisher nicht sicher einbezogen wird.“

Neben Heribert Hirte haben übrigens 15 Unions-Abgeordnete gegen das Gesetz zur Tarifeinheit gestimmt und acht weitere haben sich der Abstimmung enthalten. Das Abstimmungsverhalten jedes einzelnen Abgeordneten ist auf der Homepage des Deutschen [Bundestages](#) einzusehen.

---

## SEITENBLICK

### Kurz informiert



### Erster Syrisch-Orthodoxer Kirchentag in Warburg



Zusammen mit S.H. dem Patriarchen Moran Mor Ignatius Aphrem II (Mitte) diskutierte Heribert Hirte über die Situation der Christen im Nahen Osten

Am vergangenen Wochenende hat die **Syrisch-Orthodoxe Kirche** von Antiochien in Deutschland erstmals einen Kirchentag abgehalten. Neben Vorträgen, Workshops, Musikdarbietungen und Ausstellungen hatten die Veranstalter im Kloster St. Jakob von Sarug zu Warburg eine Podiumsdiskussion zum Thema „Christen im Nahen Osten – ein Ende der Geschichte?“ organisiert. Natürlich saß auch Heribert Hirte in seiner Funktion als Vorsitzender des Stephanuskreises mit in der Runde der Diskutanten; weit über 1000 Zuschauer hatten sich vor der Bühne versammelt.

### **Die kleine Auszählung mit großer Wirkung**

Auch in Berlin war die Spannung zum Greifen nah. Mit welchem Ergebnis würde die Neuauszählung des Briefwahlbezirks Rodenkirchen ausgehen? Wo genau hat der Fehler gelegen? Am Nachmittag dann die Nachricht: Rot-Grün verliert die Mehrheit im Stadtrat und SPD-Chef Jochen Ott seinen Platz, er war als letzter seiner Partei über die Liste in den Rat eingezogen. Ausgerechnet der Mann also, der sich derzeit für den Sitz des Oberbürgermeisters bewirbt. Heribert Hirte postete sogleich auf seiner **Facebook-Seite** „Nach gut einem Jahr bekommen die Kölner Bürger nun endlich eine Besetzung im Stadtrat, wie sie auch gewählt wurde! Schade nur, dass sich die SPD so lange gegen dieses rechtmäßige Ergebnis gewehrt hat. Fakt ist, das Spektakel um 706 Rodenkirchener Briefwahl-Stimmzettel ist beendet. Meinen Glückwunsch aus Berlin an die CDU Köln und Grüße in meinen Wahlkreis Rodenkirchen!“ Wie sich herausstellte, hatten die ehrenamtlichen Wahlhelfer die ursprünglichen Ergebnisse der beiden großen Parteien schlicht beim Übertragen in das Protokoll zulasten der Union vertauscht. Ein Konzentrationsfehler mit weitreichenden Folgen. Denn das Mandat der SPD geht damit an den ehemaligen Fraktionsgeschäftsführer der CDU, Stefan Götz. Die Geschichte um das Wahldebakel von Köln hat übrigens deutschlandweit für Aufsehen gesorgt. Einen guten Hintergrundbericht lieferte der **Deutschlandfunk**. Wer nachvollziehen möchte, auf welch großes Interesse das Ergebnis der Neuauszählung gestoßen ist, dem sei ein Blick auf die **Facebookseite** der CDU Köln empfohlen. Die Zahl der Zustimmungen und Glückwünsche ging in die Hunderte.

### **Stephanuskreis berät über die Situation der Christen in Indien**



Pfarrer Arul Lourdu flankiert von den Mitgliedern des Deutschen Bundestages Dr. Stephan Harbarth (Wahlkreis Rhein-Neckar) und Heribert Hirte. Die indische Ordensschwester und Schulleiterin Schwester Nirmalini, ist aus Sicherheitsgründen nicht mit auf dem Foto.



Es waren bewegende Berichte, die der Stephanuskreis am Dienstag aus Indien zu hören bekam. Auf Einladung des Vorsitzenden schilderten Pfarrer Arul Lourdu, Leiter der Seelsorgeeinheit der Gemeinde Leimen, und die indische Ordensschwester Nirmalini die prekäre Lage von Christen in ihrer Heimat.

Seit dem deutlichen Wahlsieg der hinduistischen Nationalpartei vor einem Jahr sei es verstärkt zu Übergriffen hindu-nationalistischer Extremisten auf Kirchen und andere christliche Einrichtungen gekommen. Auch Massenkonvertierungen zum Hinduismus habe es wiederholt gegeben. Premierminister Modi war für seine zurückhaltende Politik zunächst scharf von Kirchen und der Opposition kritisiert worden. Vor diesem Hintergrund hielt er im Februar 2015 auf Einladung der römisch-katholischen Kirche eine Rede in Delhi, in der er erstmals öffentlich und in aller Deutlichkeit jegliche religiöse Gewalt verurteilte und den Minderheiten im Land den uneingeschränkten Schutz der Regierung zusicherte. Er stellte sich damit demonstrativ vor die Christen im Land. Doch dies sei nur zum Schein gewesen, wie Schwester Nirmalini betonte. Christen hätten für den indischen Regierungschef keinen Wert, fürchtet sie. Im Gegenteil: Oft würden Anzeigen wegen antichristlicher Gewalt erst gar nicht entgegengenommen. Unterdrückung, Benachteiligungen, Vergewaltigungen und sogar brutale Gewalt seien für die Glaubensgemeinschaft trauriger Alltag. „Die Zeit, in der die verschiedenen Religionen Indiens friedlich nebeneinander existieren konnten, scheint leider vorbei. Und das, obwohl die Christen gerade einmal 2 Prozent der rund 1,3 Milliarden Einwohner Indiens ausmachen.“ Stephan Harbarth, aus dessen Wahlkreis Pfarrer Lourdu kommt, erklärte nach dem Treffen: „Wenn Christen verfolgt werden, ganz gleich, in welchem Land, dann ist das für uns ein Thema, wir schauen nicht weg.“

Für die Zukunft plant der Stephanuskreis, den indischen Botschafter zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen, auch um zu klären, welche konkreten Maßnahmen die indische Regierung ergreift, um Christen in Indien zu schützen.

## Jubiläumsfeier der Alevitischen Gemeinde in Deutschland



Es ist durchaus beachtenswert, was die Aleviten in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland geschaffen haben. In den 50er und 60er Jahren als Gastarbeiter aus der Türkei eingewandert, gehören sie mittlerweile zu einer bestens integrierten Gemeinde, die sich klar zu ihrer neuen Heimat Deutschland bekennt.

Anlässlich der 25-Jahr-Feier der **Alevitischen Gemeinde Deutschland e.V.**, die Ihren Hauptsitz in Köln hat, war Heribert Hirte gebeten worden, das Grußwort zu sprechen. Das tat er mit Freude und betonte: „Jeder Alevit in Deutschland ist ein lebendiges Zeugnis des geliebten Menschenrechts auf Religionsfreiheit. Die Anerkennung unserer demokratisch-freiheitlichen Grundordnung, die Frage nach Bildung, der Wille zur Gleichberechtigung der Geschlechter sowie die Nächstenliebe und der sich daraus ergebende Dienst an der Gesellschaft gehört zu Ihrem Selbstverständnis. Für die Politik sind Sie daher geschätzte Ansprechpartner, wenn es um Fragen der Integration oder der religiösen Bildung geht.“

Schätzungsweise rund ein Drittel der drei Millionen türkeistämmigen Einwanderer sind schätzungsweise Aleviten – genaue Zahlen gibt es nicht. Zwar zählen offizielle Statistiken die Gruppe stets zu den rund 4 Millionen Muslimen in Deutschland. Doch die Frage, ob die Aleviten tatsächlich Muslime sind oder nicht, ist ungeklärt. Orthodoxe Muslime werfen den Aleviten immerhin vor, sie seien Ungläubige. Die Türkei erkennt die Aleviten nicht als eigenständige Religion an – dort gelten sie zwangsweise als Muslime. Doch ein Großteil der Aleviten distanziert sich vom Islam.

### **Aktionärsforum Berlin**



Vor imposanter **Kulisse** hat Heribert Hirte auf Einladung der „aktionärsforum AG“ ein Impulsreferat zur Ausgestaltung des „Spruchverfahrens“ gehalten. Dabei ging es auf dem Fach-Symposium zur Zukunft des deutschen Spruchverfahrens vor allem um die Frage, ob der Gesetzgeber Aktionäre und Sparer sowie internationale Anleger beim Rückzug eines Unternehmens von der Börse („Delisting“) benachteiligt.

Die **aktionaersforum AG** ist ein Berliner Start-up, ein neues Online-Forum für Aktionäre, Unternehmen und andere Stakeholder, das zum Ziel hat, den deutschen Aktienmarkt transparenter zu machen.

## Ehefrau von Konvertitenpastor Saeed Abedini zu Gast im Stephanuskreis



Naghmeh Abedini (Mitte) zusammen mit den Bundestagsabgeordneten Volkmar Klein (2.v.links), Heribert Hirte, Michael Donth und Katrin Albsteiger. Begleitet wurde die Iranerin von Herrn und Frau Lessenthin der IGFM (links und rechts außen)

Naghmeh Abedini, die Ehefrau des im Iran inhaftierten Konvertitenpastors Saeed Abedini, ist auf Einladung der **Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)** nach Europa gekommen. Neben Treffen mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments kam sie diese Woche auch in den Stephanuskreis, um für die Freilassung ihres Ehemannes zu kämpfen. Saeed Abedini wurde vor drei Jahren wegen der Gründung von Hauskirchen zu acht Jahren Haft verurteilt. Er ist das Gesicht der verfolgten Christen im Iran und ein Symbol für die Lage ehemaliger Muslime, die Christen wurden. In emotionalen Worten berichtete seine Frau von den menschenunwürdigen Haftbedingungen, in denen sich ihr Mann befände. „Zusammen mit etwa 80 Häftlingen ist er in einer Zelle eingesperrt, die für 20 Personen ausgelegt ist. Die fensterlose und unterirdische Zelle ist voller Ratten, Schaben und Unrat.“ Frau Abedini lebt mit ihren zwei Kindern in den USA und sagte im Stephanuskreis: „Deutschland darf die Minderheiten im Iran nicht vergessen.“ Martin Lessenthin, Sprecher des Vorstands der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, appellierte an die Abgeordneten, schnell zu handeln. Nach Überzeugung der IGFM hat Deutschland vor allen anderen Staaten die größten Möglichkeiten, positiv auf die iranische Regierung einzuwirken: „Deutschland und die EU dürfen über ihr Engagement bei den Nuklearverhandlungen die systematische Entrechtung der Iraner durch ihre eigene Regierung nicht vergessen. Das Zeitfenster für Verbesserungen bei den Menschenrechten wird sich schließen, sobald die Tinte unter dem Nukleardeal getrocknet ist. Die Zeit jetzt ist so günstig wie lange nicht – und sie ist kurz und kostbar.“ In ihrer aktuellen **Pressemitteilung** schreibt die Menschenrechtsorganisation: „Deutschland kann viel mehr tun.“





## Die Medienschau

„Wenn Staaten pleitegehen“ titelte die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Ja was dann, mag man sich fragen. Heribert Hirte lieferte dazu am 13. Mai auf Seite 7 der Tageszeitung die Antwort. „Wir sollten möglichst bald einen staatlichen beziehungsweise europarechtlichen Rahmen schaffen, der die Insolvenz eines EU-Staates in einem geordneten staatlichen Verfahren ermöglicht. Das würde für diesen Staat zugleich die Möglichkeit begründen, trotz eines Schuldenschnitts in der Währungsunion zu bleiben, würde aber – vor allem – den Gläubigern bei ihrer Kreditvergabe an Staaten auch abverlangen zu beurteilen, mit welcher Wahrscheinlichkeit der Staat seine Verbindlichkeiten zurückzahlen kann.“ Der gesamte [Kommentar](#) ist Online nachzulesen. In seiner Rede im Deutschen Bundestag, die er am Donnerstag abend zu [Protokoll](#) gab, führte er seine Idee noch einmal aus.

Wo wir gerade von Insolvenzen sprechen: Gegenüber dem [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#) hat sich der Rechtspolitiker in einem Interview für den Newsletter „Notizen zum Wirtschaftsrecht“ zum Referentenentwurf zur Insolvenzanfechtung geäußert: „Meiner Einschätzung nach werden durch die Reform der Insolvenzanfechtung insbesondere mittelständische Unternehmen, aber auch Arbeitnehmer vor teilweise fragwürdigen Rückforderungen geschützt. Mit der Reform soll klargestellt werden, dass eine Anfechtung künftig nicht mehr darauf gestützt werden kann, dass der insolvente Schuldner zuvor mal bei einem Gläubiger um eine Zahlungserleichterung nachgesucht hatte. Das Risiko, dass ein Gläubiger später vom Insolvenzverwalter in Anspruch genommen wird, weil er beispielsweise Ratenzahlung mit dem Schuldner vereinbart hat, wird damit ausgeschlossen.“

Im Jahresmagazin der [Vereinigung Bergischer Unternehmerverbände e.V.](#) ist Heribert Hirte erneut für das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP eingetreten. Weil er der zuständige Berichterstatter im Europaausschuss für transatlantische Beziehungen und Handelsbeziehungen der Europäischen Union ist und zudem an der Universität Hamburg bekanntlich Geschäftsführender Direktor des Seminars für Handels-, Schifffahrts- und Wirtschaftsrecht ist, gilt Heribert Hirte als ausgewiesener Experte für das Thema. Und als solcher betont er in dem ausführlichen Interview, dass das Freihandelsabkommen „quasi ein Konjunkturprogramm für die deutsche Wirtschaft“ sei und vor allem der Verbraucher profitiere. Die vollständige Version des Gesprächs mit dem Verbandsmagazin ist auf der [Homepage](#) nachzulesen.



Zweifelsohne der emotionalste Moment war diese Woche der Augenblick, als Naghme Abedini im Stephanuskreis die Bilder ihres Mannes, dem Vater ihrer zwei Kinder, hoch hielt; Bilder aus glücklichen Zeiten in der Familie. Seit drei Jahren hat sie ihn nicht mehr gesehen oder gesprochen, Informationen über seinen Zustand bekommt sie über ihren Schwiedervater, der als einziger seinen Sohn regelmäßig im Gefängnis besuchen darf. Dort sitzt Saeed Abedini, weil er Christ ist.



**Donnerstag, 28. Mai, Köln**

Anlässlich des 90. Geburtstags des Kölner Instituts für Luft- und Weltraumrecht ist Heribert Hirte zum Festessen eingeladen. Wieder eine Gelegenheit mit dem Astronauten Alexander Gerst, aber auch mit seinem Kölner Kollegen Prof. Dr. Stephan Hobe ins Gespräch zu kommen.“

**Samstag, 30. Mai, Baden-Baden**

Podiumsdiskussion zu Christenverfolgung im Kloster Lichtenthal Neben dem Vorsitzenden des Stephanuskreises werden Vertreter des Zentralrats der orientalischen Christen (ZOCD) und der Hilfsorganisation Open Doors auf der Bühne Platz nehmen.

**Mittwoch, 3. Juni, Köln**

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung richtet seine Jahreskonferenz aus. Heribert Hirte wird am Vormittag der Konferenz im Rahmen eines Workshops über erfolgreiches Engagement für eine nachhaltige Entwicklung diskutieren. Hintergrund ist der Wettbewerb „Werkstatt N“, bei dem der Nachhaltigkeitsrat in diesem Jahr erneut 100 Projekte und Ideen ausgezeichnet hat, die nachhaltiges Denken und Handeln kreativ in unserem Alltag verankern. Fünf dieser Auszeichnungen wurden in Heribert Hirtes Wahlkreis vergeben.

**Freitag, 5. Juni, Berlin**

Besuch des Kölner Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums im Deutschen Bundestag

**Dienstag, 9. Juni, Berlin**

Jugendmedienworkshop im Deutschen Bundestag. Unter dem Motto „Digital Na(t)ives – eine digitale Generation erobert unsere Gesellschaft“ schauen 30 junge Nachwuchsjournalistinnen zwischen 16 und 20 Jahren hinter

die Kulissen der Parlamentsarbeit. Auch Heribert Hirte wird ihnen Rede und Antwort stehen.

Aktuelle Termine finden Sie auch auf Heribert Hirtes Homepage unter [www.heribert-hirte.de](http://www.heribert-hirte.de).

---

**QUERBLICK**  
Das Zitat

---



„Diäten“, „Hammelsprung“, „Überhangmandat“ – der parlamentarische Alltag bringt sein ganz eigenes Vokabular mit sich. Neben den gewohnten Zitaten erklären wir in dieser Kategorie von nun an immer mal wieder einen Begriff aus der Sprache, die unter der Kuppel des Reichstagsgebäudes gesprochen wird: Parlamentsdeutsch.

**EU-Richtlinie**

Das Europäische Parlament und der Ministerrat können Beschlüsse fassen, die für alle Mitgliedstaaten der EU gelten. Auf EU-Ebene spricht man in diesem Zusammenhang nicht von Gesetzen, sondern von Rechtsakten: Hierzu zählen Richtlinien, Verordnungen und Beschlüsse. Eine Richtlinie muss innerhalb einer bestimmten Frist durch die nationalen Parlamente in nationales Recht umgesetzt werden. Dabei ist das in der Richtlinie genannte Ziel verbindlich. Zur Zeit arbeitet der Rechtsausschuss beispielsweise an dem sogenannten Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz, kurz „BilRUG“ genannt. Damit soll die EU-Richtlinie (2013/34/EU) umgesetzt werden.

**Anschrift**

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-77830

Telefax: 030 / 227-76830

Bürgerbüro Köln  
Aachener Straße 227  
50931 Köln

Telefon: 0221 / 589-86762

Telefax: 0221 / 589-86765

**Email**

[heribert.hirte@bundestag.de](mailto:heribert.hirte@bundestag.de)

---

Copyright © 2013 Heribert Hirte. Alle Rechte vorbehalten.

Sie wollen diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann teilen Sie uns das bitte mit. Wir werden Ihre Daten umgehend aus diesem Verteiler löschen.

Wir behandeln Ihre Daten selbstverständlich vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.

Unsere Anschrift ist:

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Unsere Homepage-Adresse lautet:

[www.heribert-hirte.de](http://www.heribert-hirte.de)

---

[Impressum](#) - [Datenschutz](#)